



Juni 2018

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Der Juni war wieder ein sehr ereignisreicher Monat, so dass ich Ihnen heute einen umfangreichen Bürgerbrief präsentiere.

Mit unserem „Zukunftspaket Sachsen“ kommen wir gut voran, indem wir uns unter anderem die Themen Sicherheit, Unterstützung und Verbesserung der Infrastruktur, Förderung von Stadt und Land, der Bildung, der Kultur und der Gesundheit festgeschrieben haben. Viele Initiativen und Beschlüsse im Juni zeigen, dass wir damit auf einem richtigen Weg sind. So hat die Polizeidirektion Görlitz in Seiffhennersdorf eine extra Dienststelle mit zwei Kriminalbeamten eingerichtet, um die Grenzkriminalität in enger Zusammenarbeit mit unseren tschechischen Nachbarn einzudämmen. Außerdem wird der Freistaat die Feuerwehren in den nächsten drei Jahren mit insgesamt 30 Millionen Euro unterstützen. Weitere 40 Millionen werden in den nächsten vier Jahren zusätzlich in das Kulturland Sachsen, von dem auch das Gerhart-Hauptmann-Theater Görlitz-Zittau profitieren wird. Darüber hinaus wird mit der Weiterentwicklung der Novelle des Sächsischen Dienstrechts die Arbeit von ehrenamtlichen Bürgermeistern und Ortsvorstehern durch eine höhere Aufwandsentschädigung gewürdigt.

Der Gedenktag am 17. Juni ist für mich immer ein wichtiger Termin. erinnert er uns doch daran, dass ein Land nur in Demokratie und Freiheit gedeihen kann.

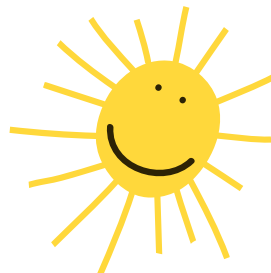
Aber auch sonst ist viel passiert in der Oberlausitz, was die Region über ihre Grenzen hinaus bekannt macht. Der MDR war zu Dreharbeiten im Schloss Hainewalde unterwegs. Und die Firma C. Bechstein Pianofortefabrik in Seiffhennersdorf hat mit einem Imagefilm beim internationalen Film-Festival in Houston in Texas (USA) überzeugt und einen Preis gewonnen.

Ich wünsche allen einen schönen Sommer und einen erholsamen Urlaub. Und freue mich auf eine ebenso gewinnbringende Arbeit für unsere Heimat im zweiten Halbjahr.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Stephan Meyer



Inhalt

Meyer unterwegs ...

1. Kriminalisten ermitteln in Seiffhennersdorf
2. „Mach-dich-ran“ in Hainewalde
3. Millionen für Sachsens Feuerwehren
4. Theater bekommt mehr Geld vom Freistaat
5. Infoveranstaltung „Zukunft von Bertsdorf-Hörnitz“
6. Anmeldungen zum Oberlausitztag möglich
7. Gedenken an Volksaufstand 1953
8. CDU-Landesvorstand für schnelle Umsetzung des „Masterplans Migration“
9. Beschluss Positionspapier zur Stärkung der Gesundheitsversorgung
10. Verlängerung B 178
11. „Plan für Sachsen“ wird umgesetzt
12. Der Eibauer Bierzug
13. Länger dienen - mehr verdienen



**01. Juni****Kriminalisten ermitteln in Seifhennersdorf**

In Seifhennersdorf haben am 1. Juni zwei Kriminalbeamte ihren Dienst aufgenommen. Für die beiden Ermittler des Fachkommissariats für Bandenkriminalität hat die Polizeidirektion Görlitz hier extra einen regionalen Ermittlungsabschnitt Oberland eingerichtet. Die Dienststelle befindet sich im Gebäude der Bundespolizei in der Zollstraße unmittelbar am Grenzübergang. Die Polizeidirektion reagiert damit auf die anhaltende grenzüberschreitende Eigentums kriminalität, die viele Menschen in der Region verunsichert. Die beiden nun in Seifhennersdorf ständig eingesetzten Kriminalisten kennen sich gut in der Region aus und sind jetzt näher am Geschehen dran. Ihre Fälle von grenzüberschreitender Eigentums kriminalität sollen sie nun gemeinsam mit dem Kriminaldienst der Polizeireviere Zittau-Oberland und Bautzen ortsnah ermitteln können. Dazu gehört auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die die beiden schon seit vielen Jahren erfolgreich praktizieren. Die neue Dienststelle in Seifhennersdorf soll aber nur ein erster Schritt sein, um die Zusammenarbeit mit der tschechischen Polizei noch mehr zu intensivieren. Polizeipräsident Torsten Schultze verwies auf die gleichen Ziele auf beiden Seiten der Grenze. Und die Zusammenarbeit trägt durchaus schon Früchte zum Beispiel bei zahlreichen Garagen einbrüchen.

Die deutsche Polizei erhofft sich einen schnellen Informationsaustausch mit den benachbarten Sicherheitsbehörden über grenzüberschreitende Täter. Die zuständigen tschechischen Koordinatoren für die grenzüberschreitende Polizeiarbeit schildern, dass die Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen bereits jetzt gut funktioniert. Und sie begrüßen es, dass es nun direkt am Grenzübergang in Seifhennersdorf eine Dienststelle für Kriminalisten gibt. Tschechische und deutsche Polizisten sind sich einig, dass die Täter die Grenze für sich ausnutzen. Andererseits gehen aber auch zahlreiche Eigentumsdelikte auf deutsche Diebe zurück. Ein deutscher Serientäter ist erst in diesem Jahr

festgenommen worden.

In den elf Städten und Gemeinden entlang der „grünen“ Grenze im Zittauer Gebirge sowie im Oberland sind der Polizei 2017 insgesamt 1.131 Eigentumsdelikte gemeldet worden. Damit waren es ähnlich so viele wie in den Jahren davor. Mit hohem Kräfte-Einsatz hat die Polizei etwa jedes vierte Eigentumsdelikt im grenznahen Raum zu Tschechien aufklären können, heißt es. Die Polizisten auf beiden Seiten der Grenze wissen aber, dass das Sicherheitsgefühl der Leute oft ein anderes ist und dass auch ihre Statistiken daran nichts ändern.

02. Juni**„Mach-dich-ran“ in Hainewalde**

Viele kennen die beliebte Sendung vom MDR. Völlig überraschend ist der Schlossverein im April für die Teilnahme in der Fernsehsendung „Mach-dich-ran Spezial“ ausgewählt worden. Das ist nicht nur eine fantastische Chance, das Schloss, Hainewalde und die Region als tolle Kulisse zu präsentieren und neugierig zu machen, sondern auch Geld für weitere Sanierungsarbeiten zu bekommen.

Beim Spiel „Mach-dich-ran Spezial“ geht es immerhin um 400.000 Euro. Das Geld kommt von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Alle nominierten Teilnehmer haben erst einmal 10.000 Euro sicher. In der ersten Runde treten zunächst jeweils zwei Vertreter beziehungsweise Vereine für den Erhalt von Denkmalen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in verschiedenen Spielrunden gegeneinander an. Dabei geht es um Wissen, Geschicklichkeit, Humor und auch um eine Portion Glück. Aus jedem der drei Bundesländer kommt ein Denkmalvertreter in die nächste Runde.

Die Hainewalder mussten gegen den Verein „Miteinander Füreinander Jung und Alt“ aus dem Görlitzer Stadtteil Biesnitz antreten, der sich für einen Umgebendehof engagiert. Am 2. Juni fand die Hinrunde am Schloss in Hainewalde und am Tag darauf in Görlitz die Rückrunde statt.





Leider hat es für den Schlossverein nicht gereicht, eine Runde weiter zu kommen, aber immerhin bekommt er 10.000 Euro.

Zu sehen ist die Sendung am 22. Oktober 2018, um 19:50 Uhr, im MDR Fernsehen.



05. Juni

Millionen für Sachsens Feuerwehren

Mit drei Millionen Euro zusätzlich pro Jahr wird der Freistaat die Freiwilligen Feuerwehren unterstützen. Das hat die Landesregierung beschlossen. Mit dem Investitionspaket sollen die Rahmenbedingungen für die bedeutsame Arbeit der Feuerwehren weiter verbessert und zugleich die verdienstvollen Leistungen der Feuerwehrangehörigen angemessener honoriert werden.

Das Paket sieht vor, den Kommunen jährlich eine Pauschale von 50 Euro pro aktivem Angehörigem der Freiwilligen Feuerwehr zu zahlen. Sachsenweit sind das derzeit über 42.000 Kameraden. Damit lassen sich die kleinen Dinge vor Ort in Eigenregie gestalten. Als weitere Maßnahme wird in jeder Gemeinde pro Jahr zwei Mitgliedern der Feuerwehr der Führerschein für die Klasse C oder CE mit jeweils tausend Euro gefördert. Feuerwehrleute, die 50 Jahre aktiven Dienst geleistet haben, erhalten als Anerkennung für ihre ehrenamtliche Arbeit ab sofort eine Jubiläumsprämie von 500 Euro. Sammelbeschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen sollen zudem höher gefördert werden. Der entsprechende Festbetrag wird um 20 Prozent erhöht. Durch die Bestellung mehrerer Fahrzeuge könnten Gemeinden auch von Rabatten der

Hersteller profitieren.

Das Investitionspaket ist Teil des „Zukunftspaktes Sachsen“, dem im März angekündigten Regierungsprogramm von Ministerpräsident Michael Kretschmer. Insgesamt sollen in den kommenden fünf Jahren 215 Millionen Euro in den Brandschutz fließen. Diesen lässt sich Sachsen damit knapp zehn Euro pro Einwohner kosten.

Beim Nachwuchs in den Jugendfeuerwehren kann man von einer „erfreulichen Entwicklung“ sprechen. Die Mitgliederzahlen steigen seit 2009. 2017 waren es etwa 13.600 Kinder.

Der Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner kündigte zudem an, dass noch 2018 für fünf Millionen Euro Fahrzeuge für den Katastrophenschutz angeschafft und die neue Führerschein-Förderung auf ehrenamtliche Katastrophenschützer ausgeweitet werden. Bei Geld allein bleibt es aber nicht. So soll die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule Sachsen in Nardt, einem Ortsteil von Elsterheide, erweitert werden. Deren Schulungen besuchen jedes Jahr 4.500 Feuerwehrleute. Der Bedarf liege aber bei 11000. Die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte ist ebenfalls geplant.

12. Juni

Theater bekommt mehr Geld vom Freistaat

In der Kabinettsitzung am 12.Juni beschloss die Staatsregierung einen Kulturpakt, in dem insgesamt zusätzlich 40 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre in das Kulturland Sachsen fließen. Besonders Kulturangebote in ländlichen Räumen werden damit unterstützt. Damit werden die Personalkosten an Theatern und Orchestern mit jährlich sieben Millionen Euro gefördert und Angebote der allgemeinen Kulturförderung mit weiteren drei Millionen Euro pro Jahr unterstützt. Davon profitiert auch das des Gerhart-Hauptmann-Theaters Zittau/Görlitz.

Bei der Umsetzung werden die bewährten





Regelungen des erfolgreichen Kulturraumgesetzes, in dem Land und kommunale Ebene solidarisch Kulturangebote vor Ort finanzieren, eingesetzt. Diese Partnerschaft ist wesentliche Grundlage einer verlässlichen Kulturfinanzierung im gesamten Freistaat. Der Sächsische Landtag muss dieser Regelung noch zustimmen.

13. Juni Infos zur Zukunft von Bertsdorf- Hörnitz

Der CDU-Gemeindeverband Zittau hatte zu einer Informationsveranstaltung zur Zukunft von Bertsdorf-Hörnitz eingeladen. 70 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt und ins Dorfgemeinschaftshaus „Strauß“ nach Bertsdorf gekommen.

Bereits im vergangenen Jahr hatte es eine solche Veranstaltung gegeben, damals aber nicht öffentlich. Es wurde ein kurzer Rückblick auf die Themen aus dem letzten Jahr gegeben, bevor es mit der aktuellen Lage der Gemeinde begann.

Jörg Linke erläuterte als stellvertretender Bürgermeister und Vorsitzender des Schulfördervereins die Entwicklung der Grundschulanierung in Bertsdorf. Die Bauarbeiten werden seit einigen Wochen unter laufendem Schulbetrieb ausgeführt. Nach den Ferien werden die Schüler dann ihren Unterricht an der Grundschule in Waltersdorf fortsetzen. Über das LEADER-Programm wurde ein Fördermittelantrag für die Dach- und Fassadenerneuerung eingereicht. Die Gesamtkosten umfassen 250.000 Euro. Herr Förster, Bürgermeister von Olbersdorf und Leiter des LEADER-Ausschusses, hat durchaus die Möglichkeit einer Bewilligung in Aussicht gestellt. Ich selbst kenne die Problemlage, da ich das Sanierungsvorhaben von Anfang an begleite. Auch wenn nur eine 40-prozentige Förderung möglich ist, kann die Schule endlich saniert werden und die ursprünglich angedachte Schließung ist nun endgültig vom Tisch. Selbstverständlich werde ich die Gemeinde auch weiterhin unterstützen, wenn Hilfe bei Förderungen etc. benötigt wird.

Weitere Themen waren die erneute Frist-

verlängerung für das Hochwasserdarlehen zur Behebung der zahlreichen Schäden durch das Hochwasser 2010 und 2013, die Erschließung eines Neubaugebietes für Familien sowie der aktuelle Stand zum Mehrgenerationenspielplatz in Hörnitz. Dazu ist die Gemeindeverwaltung mit der Eigentümerin und der Objektleiterin des Schlosshotels Althörnitz im Kontakt. Ein Abstimmungsgespräch ist geplant.

Der Landrat Bernd Lange wurde im Vorfeld gebeten, sich zu verschiedenen vorgegebenen Themen zu äußern. Er hat aus Sicht der Landkreisverwaltung auf Möglichkeiten hingewiesen, wie sich die Gemeinde Bertsdorf-Hörnitz im Bereich Tourismus besser in die Werbung und Vermarktung einbringen kann. Außerdem ging es um die Afrikanische Schweinepest. Erste Maßnahmen wurden getroffen, indem den Jägern eine Prämie pro geschossenes Wildschein gezahlt wird und sie keine zusätzlichen Gebühren, wie bisher, zahlen müssen.

Großes Interesse besteht an Radwegen um Bertsdorf-Hörnitz. Hierzu machte der Landrat den Vorschlag, das Radwegekonzept bei einer öffentlichen Gemeinderatssitzung vorstellen zu lassen.

Zum Flurneuordnungsverfahren wurden von mehreren Bürgern Beschwerden vorgetragen. Die lange Dauer des Verfahrens wurde bemängelt und teilweise kam es zu Doppelungen bei den fälligen Gebühren. Obwohl die Eigentümer und Nutzer gewechselt haben, müssen immer noch die Alt-eigentümer Grundsteuer bezahlen. Landrat Lange will sich dazu im Detail erkundigen und über die Gemeindeverwaltung Klärung herbeiführen.

Im letzten Teil der Veranstaltung ging der Olbersdorfer Bürgermeister Andreas Förster auf die Zukunft von Bertsdorf-Hörnitz ein. Er verwies darauf, dass 2011 die Bürger von Bertsdorf-Hörnitz mit deutlicher Mehrheit für die Eigenständigkeit gestimmt haben. Er findet diese Entscheidung nach wie vor gut, denn damit sind dem Dorf eigene Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. „Unsere Selbstständigkeit sollten wir uns so lange wie möglich erhalten“, so Förster. Durch die deutlichen Zeichen der sächsischen Regierung in Sachen Unterstützung





des ländlichen Raumes, sieht er auch die Zukunft der Gemeinde positiv.

Nach wie vor kann der Gemeinderat und die anderen Akteure auf meine Unterstützung zählen.



**14. Juni
Anmeldungen zum Oberlausitztag
möglich**

Zum fünften Mal wird in diesem Jahr am 21. August der „Tag der Oberlausitz“ begangen.

An diesem Tag im Jahr 1346 hatten sich die Städte Bautzen, Görlitz, Kamenz, Lauban, Löbau und Zittau zum Oberlausitzer Sechsstädtebund zusammengeschlossen.

Auf Anregung des Kuratoriums Einige Oberlausitz und des Bürgerforums Oberlausitz hatten die Oberlausitzer Landräte Bernd Lange und Michael Harig entschieden, dass dieses historische Datum ab 2014 als Aktions- und Gedenktag gestaltet wird. Die große landschaftliche, ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt soll mit diesem Tag wieder mehr ins Bewusstsein gerufen werden.

Auch im Jahr 2018 bemühen sich die Initiatoren, Veranstaltungen zum Tag der Oberlausitz auf ihrer Internetseite bekannt zu machen. Es können Aktivitäten zum und um den Oberlausitztag in der Zeit vom 17. bis zum 26. August in den Veranstaltungskalender eingetragen werden.

Wer mitmachen will, schicke Veranstaltung, Ort, Datum und die Uhrzeit an

www.hansklecker.de/veranstaltungen-zum-tag-der-oberlausitz

**17. Juni
Gedenken an Volksaufstand 1953**

Vor 65 Jahren gingen eine Million Menschen auf die Straße, um gegen die Erhöhung der Arbeitsnorm durch das SED-Regime und für die Freiheit einzutreten. Dieser 17. Juni darf nicht in Vergessenheit geraten.

Gemeinsam mit dem CDU-Gemeindeverband Zittau gedachte ich auf dem Urnenhain in Zittau den mutigen Frauen und Männern, die sich 1953 zum Widerstand formierten.

Die legitimen Wünsche nach Freiheit und einer besseren Lebenssituation wurden damals leider blutig beantwortet. Dass wir heute in einem freiheitlichen Europa leben dürfen ist keineswegs selbstverständlich. Deshalb war es mir auch wichtig, mit meiner Ansprache beizutragen, das Gedenken wachzuhalten.

Die CDU-Fraktion macht sich für die Einrichtung eines Härtefallfonds in Sachsen stark. Der soll Opfern der SED-Diktatur in den Fällen helfen, in denen andere Entschädigungsleistungen und Opferrenten nicht ausreichen. Die Hilfe soll konkret im Einzelfall zur Anerkennung der Folgen durch SED-Repressalien dienen. Wir setzen uns im Landtag weiter für die Menschen ein, die mit ihrem Mut für unsere Freiheit den Grundstein gelegt haben.





18. Juni

**CDU-Landesvorstand für schnelle
Umsetzung des "Masterplans
Migration"**

Der Landesvorstand der Sächsischen Union hat sich in seiner Sitzung in einem Beschluss dafür ausgesprochen, den "Masterplan Migration" des Bundesinnenministers zügig zu beschließen und umzusetzen. Im Bund und auf europäischer Ebene, so heißt es im Beschluss, wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die in der Folge dazu geführt haben, dass die Zahl der nach Europa und Deutschland kommenden Asylbewerber und Flüchtlinge deutlich zurückgegangen ist. Mit dem Erreichten sei man aber noch nicht zufrieden und weitere konsequente Schritte seien daher notwendig. So gilt es, die Asylverfahren weiter zu beschleunigen, die Ausreise abgelehnter Asylbewerber konsequent durchzusetzen sowie Schutzberechtigte schneller in Integrationsmaßnahmen zu bringen. Dafür braucht es die Einrichtung von Ankerzentren auch in Sachsen.

Für die Sächsische Union stehe außer Frage, dass Menschen, die in Deutschland als Asylbewerber rechtskräftig abgelehnt und mit einer Einreisesperre belegt wurden bzw. ein Aufenthaltsverbot für Deutschland besitzen, die Wiedereinreise an der deutschen Grenze verwehrt wird. Gleiches gelte für Asylsuchende und Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Land der Europäischen Union einen Asylantrag gestellt haben oder aufgrund einer erfolgten Registrierung gemäß der Dublin-III-Verordnung den Asylantrag in einem anderen EU-Staat stellen müssen.

Die Zurückweisungen an der deutschen Grenze sind zwingend erforderlich. Als Sächsische Union unterstützen wir die Bemühungen für ein europäisches Rahmenvertragswerk bzw. bilaterale Abkommen mit besonders von Migrationsbewegungen betroffenen europäischen Staaten.

Auch ich habe mich schriftlich an die Bundeskanzlerin und Generalsekretärin gewandt und vermittelt, dass ich die gegenwärtige immer noch ungelöste Flüchtlingsproblematik mit großer

Sorge sehe. Unser christliches Menschenbild prägt unsere Haltung grundsätzlich. Wir sind bereit, Menschen in Not aufzunehmen und Schutz vor Verfolgung zu gewähren. Aber damit wir den gesellschaftlichen Konsens nicht riskieren, bedarf es klarer Regeln. Es kann nicht sein, dass der Eindruck entsteht, dass jeder in Deutschland willkommen ist. Unser Sozialsystem baut auf Solidarität, die durch den Zustrom hunderttausender Flüchtlinge gefährdet wird. Es ist für viele nicht mehr nachvollziehbar, dass wir als CDU - als Rechtsstaatspartei in Regierungsverantwortung - Schwierigkeiten haben, geltendes Recht konsequent umzusetzen. Der zweite Absatz des Artikels 16 (a) unseres Grundgesetzes stellt das politische Handeln der Kanzlerin nicht nur 2015, sondern auch in der aktuellen Situation massiv in Frage. Das ist für mich bei allem Verständnis nicht mehr hinnehmbar!

18. Juni

**Beschluss Positionspapier zur
Stärkung der Gesundheitsversorgung
in Sachsen**

Ein Positionspapier zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in Sachsen wurde durch den Landesvorstand der Sächsischen Union beschlossen.

Als Sächsische Union wollen wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Menschen im Freistaat eine gute und sichere medizinische und pflegerische Versorgung im gesamten Lebensverlauf erhalten. Es ist uns wichtig, dass - angefangen bei unseren Kleinsten bis hin zu denen, die den Lebensabend erreicht haben - jede und jeder auf ein stabiles Netz an Hilfen zugreifen kann. Wir wollen im Freistaat Sachsen eine zeitgemäße medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen. Zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung soll beispielsweise die Zahl der Medizinstudienplätze deutlich erhöht werden. Zugleich wollen wir den Ausbau „arztentlastender Dienste“ mit einem Modellstudiengang „Physician Assistant“ prüfen und „ambulante Servicezentren“ erproben, in denen sich Assistenten ohne Arzttitel um Patienten kümmern. Familien sollen bei der Gesundheitsförderung und





Prävention stärker unterstützt werden. Gesundheitsförderung und -erziehung sollen in den Kitas und Schulen eine noch größere Rolle spielen. Kinder sollen möglichst frühzeitig ausreichende Bewegung, gesunde Ernährung und Stressvermeidung lernen. Im Bereich der Pflege wollen wir dafür sorgen, dass mehr Personal zur Verfügung steht. Alle Auszubildenden in der Kranken- und Altenpflege im Freistaat Sachsen sollen das Ausbildungsziel erreichen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Abbrecherquote bundesweit die geringste ist. Auch bei der Gewinnung von Umschülern wollen wir Pflegedienste in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit kompetent und unbürokratisch unterstützen. Die Ausbildungsreform der Pflege (Pflegeberufereform G) und der Mediziner ("Masterplan Medizinstudium 2020") soll in Sachsen ohne zeitliche Verzögerung erfolgen. Wir wollen zeitgemäße Ausbildungsinhalte und Curricula unterstützen.

19. Juni
Verlängerung B178:
Verkehrsministerium beauftragt
Machbarkeitsstudie

Sachsen begleitet und unterstützt die Strukturentwicklung in der Lausitz seit 1990 intensiv. In der Region selbst werden Ideen, Strategien und Perspektiven entwickelt, um die Strukturentwicklung und eine nachhaltige Zukunft für die Industrie-, und Energieregion zu gestalten.

Ein wichtiger Aspekt dabei ist auch die Verbesserung der Infrastrukturanbindung. Das gilt für die digitale Infrastruktur ebenso wie für Straße und Schiene. Eines der in diesem Zusammenhang aus der Region geforderten Vorhaben ist eine Verlängerung der B178 - zwischen der A 4, Anschlussstelle Weißenberg, bis zur A 15 in Brandenburg.

Wie der sächsische Verkehrs-Staatssekretär Hartmut Mangold mitteilte, verschließe sich Sachsens Regierung nicht vor den Ideen und Vorschlägen aus der Region. Sie suchen das Gespräch, denn die Menschen und Akteure vor Ort sollen ihre Vorstellungen für die Zukunft entwickeln.

Es ist ihre Heimat, die ein attraktiver und lebenswerter Lebens- und Arbeitsort bleiben soll, und dabei müssen sie unterstützt werden. Ein konzeptioneller Vorlauf von konkreten Projekten für eine gelingende Strukturentwicklung ist essentiell. Daher hat das sächsische Verkehrsministerium das Landesamt für Straßenbau und Verkehr mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine mögliche Verlängerung der B178n nach Norden beauftragt. Dies ist die Grundlage für eine solide Planung bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten. Ende 2018 sollen erste Ergebnisse der Untersuchung vorliegen. Im Rahmen der Studie werden die verkehrliche Wirkung, Umweltauswirkungen, Raumwiderstände und Wirtschaftlichkeit geprüft.

Darüber hinaus setzt der Freistaat Sachsen die Planung für den Neubau der Bundesstraße 178 zwischen Nostitz und der Autobahn 4 fort. Das Bundesverkehrsministerium hatte im Januar in einem Schreiben an das sächsische Verkehrsministerium den geplanten Verlauf des sogenannten „Abschnitts 1.1“ bestätigt - eine erneute Linienbestimmung ist demnach nicht nötig. Die weiteren Planungen werden jetzt insbesondere unter Einbindung des Landkreises fortgeführt. Nun wird intensiv an der Erstellung des Vorentwurfes gearbeitet. Anschließend werden die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren vorbereitet, welches dann in der Landesdirektion Sachsen erfolgt. Die Dauer hängt davon ab, mit welchem Ergebnis die Auslegungen und Erörterungen durchgeführt werden.

Der Abschnitt der B 178 zwischen Niederoderwitz bis Oberseifersdorf, der sogenannte BA 3.3, befindet sich im Planfeststellungsverfahren in der Landesdirektion Sachsen (LDS). Der Erörterungstermin der LDS fand im April statt. Derzeit werden die Einwendungen durch die LDS ausgewertet. Nach erfolgter Planfeststellung wird zügig die Ausführungsplanung veranlasst und ausgeschrieben. Angaben zu möglichen Baubeginnen können derzeit nicht getroffen werden, da insbesondere die Ergebnisse des Planfeststellungsverfahrens sowie die Möglichkeit anschließender Klagen nicht absehbar sind.





22. Juni

„Plan für Sachsen“ wird umgesetzt

Die Staatsregierung hat den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 beschlossen.

Ministerpräsident Michael Kretschmer bezeichnet den Haushaltsentwurf als ein „Investitionsprogramm in die Zukunft unserer Heimat“. Mit einem Haushaltsvolumen von 20,1 Mrd. EUR in 2019 und 20,6 Mrd. EUR in 2020 wird erstmals die Marke von 20 Mrd. EUR pro Jahr überschritten. Sachsen Staatsregierung hat Wort gehalten und den Plan für Sachsen nun auch finanziell untersetzt. Ziel ist es, dass man auch in 10 oder 20 Jahren rückblickend sagen kann: Damals ist klug investiert worden, damals sind die Voraussetzungen geschaffen worden für Wachstum, Sicherheit und Zusammenhalt.

Die deutlichen Schwerpunkte im Regierungsentwurf für den kommenden Doppelhaushalt liegen in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, ländlicher Raum und Digitalisierung. Besonders wichtig ist es, dass die Kommunen durch mehr frei verfügbare Mittel gestärkt werden. Gleichzeitig verbessern sich durch neue Pauschalen und Vereinfachungen bei den Fördermitteln die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Mit einer nach wie vor hohen Investitionsquote von rund 14 Prozent, der Tilgung in Höhe von 75 Mio. EUR und der Vorsorge für zukünftige Herausforderungen setzt der Freistaat seine solide Haushaltspolitik fort.

Das sieht der Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 vor:

Qualitätsoffensive für Bildung

Bildungsqualität beginnt bei der frühkindlichen Bildung. Die Erzieherinnen und Erzieher sollen künftig mehr Vor- und Nachbereitungszeit erhalten. Dafür will der Freistaat insgesamt 100 Mio. EUR in den nächsten beiden Jahren zur Verfügung stellen.

Sachsen möchte mehr junge Menschen für den Lehrerberuf begeistern. Deshalb soll die Attraktivität des Lehramts über die kommenden fünf Jahre mit insgesamt über 1,7 Mrd. EUR

gesteigert werden. Im Doppelhaushalt sind entsprechende Mittel für die Verbeamtung neu einzustellender Lehrer und bereits beschäftigter Lehrer bis zum 42. Lebensjahr vorgesehen sowie die Höhergruppierung der Grundschullehrer berücksichtigt. Die Stärkung der Lehramtsausbildung gehört ebenso zu diesem Maßnahmenpaket, wie die notwendigen Zuführungen für Pensionslasten an den Generationenfonds.

Der Freistaat wird die Kommunen beim Bau und der Sanierung von Schulen unterstützen. Dafür sieht der Regierungsentwurf insgesamt 119 Mio. EUR vor.

Die sächsischen Hochschulen können sich weiterhin auf die Unterstützung durch den Freistaat verlassen und attraktive Studienbedingungen für die klugen Köpfe von morgen bieten. Die zwischen dem Freistaat Sachsen und den Hochschulen geschlossene Zuschussvereinbarung 2017-2024 garantiert ihnen bis 2024 eine sichere Finanzierung sowie eine stabile Stellenausstattung. 700 Mio. EUR sieht der Regierungsentwurf dafür pro Jahr vor.

Forschung und Innovation an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind für die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft von herausragender Bedeutung. Mit 320 Mio. EUR soll eine solide Basis für Sachsen geschaffen werden.

Innere Sicherheit und Hochwasserschutz

Damit die Menschen im Freistaat sicher leben können, plant die sächsische Staatsregierung zudem im kommenden Doppelhaushalt umfangreiche Investitionen in die Polizei sowie den Brand- und Katastrophenschutz. So soll die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum in den kommenden beiden Jahren deutlich verstärkt werden. Der beschlossene Aufwuchs um 1.000 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte soll deutlich schneller umgesetzt werden. Die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei wurden bereits ausgebaut und ab diesem Jahr werden erstmals 700 junge Polizeianwärter jährlich in den Dienst gestellt.

Außerdem gibt es Anreize, damit erfahrene Polizeivollzugsbedienstete über den Ruhestand hinaus weiter beschäftigt werden können. Mehr





Sicherheit in der Fläche wird auch durch das etablierte Modell des Bürgerpolizisten als Ansprechpartner vor Ort unterstützt. Die Verteilung des Polizeipersonals richtet sich insbesondere an der Kriminalitätsbelastung aus. Der Freistaat setzt weiterhin verstärkt auf Sicherheitskooperationen zwischen Polizeidienststellen und Gemeinden sowie kommunale Prävention. Dafür sollen im neuen Doppelhaushalt insgesamt 140.000 EUR zur Verfügung gestellt werden. Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität erfolgt im Dreiklang aus starker Präsenz der sächsischen Polizei, Unterstützung von Bundespolizei und Zoll sowie einer verbesserten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Zur Verbesserung der Ausrüstung unserer Polizistinnen und Polizisten sind im Regierungsentwurf insgesamt 67 Mio. EUR vorgesehen. Für Investitionen in die Polizeibauten sind Mittel in Höhe von 102 Mio. EUR über zwei Jahre geplant.

Sachsens Feuerwehrleute und Katastrophenschützer sollen für Ausrüstung, Pauschalen sowie die Förderung von Führerscheinen und Jubiläumszuwendungen insgesamt rund 100 Mio. EUR im nächsten Doppelhaushalt erhalten.

Auch künftig wird die Arbeits- und Leistungsfähigkeit für eine schlagkräftige sächsische Justiz gesichert. Insgesamt 440 neue Beamten- und Ausbildungsstellen sollen für spürbare Entlastung in der Justiz sorgen. Darunter allein über 200 Stellen für den allgemeinen Justizvollzugsdienst und Auszubildende im Justizvollzug. Über 1,25 Mio. EUR sollen zur weiteren Verbesserung der Sicherheitsausstattung in den Justizvollzugsanstalten investiert werden, insbesondere für Röntgen- und Schließanlagen, Funkgeräte und Schutzwesten sowie Handy- und Drogenspürhunde.

Für den Hochwasserschutz als zentrale Vorsorgeaufgabe sind in den Jahren 2019 und 2020 weitere Investitionen in Höhe von insgesamt 178,5 Mio. EUR vorgesehen. Der Betrieb sowie die Unterhaltungsaufwendungen für einen verbesserten Hochwasserschutz wird mit 172,8 Mio. EUR abgesichert.

Digitale- und Straßeninfrastruktur für den ländlichen Raum

Leistungsstarke Breitbandanschlüsse sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung Sachsens im digitalen Zeitalter. Um unser Ziel, eine flächendeckende schnelle Breitbandversorgung im Freistaat bis 2025 zu erreichen, richtet die Staatsregierung einen „Breitbandfonds Sachsen“ ein. Mit 700 Mio. EUR ausgestattet, soll der Fonds die benötigten Mittel auch zur Entlastung der Kommunen in den kommenden Jahren kontinuierlich zur Verfügung stellen. Der Freistaat steht zu seiner Zusicherung gegenüber den Kommunen und entlastet sie künftig von ihrem Eigenanteil.

Oberstes Ziel ist es weiterhin, eine Verbesserung des Staatsstraßennetzes einschließlich der Ingenieurbauwerke zu erreichen. Im Rahmen des „Zukunftspaktes Sachsen“ sollen für die Jahre 2019/2020 je 12,5 Mio. EUR zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sodass im Staatsstraßenbau im Jahr 2019 139,3 Mio. EUR und im Jahr 2020 136,7 Mio. EUR bereit stehen.

Für Kommunalstraßen sieht der Regierungsentwurf circa 135 Mio. EUR bzw. circa 144 Mio. EUR vor. Ab 2020 sollen davon 60 Mio. EUR pro Jahr den Kommunen pauschal über das FAG zur Verfügung gestellt werden, um ihre Straßen unbürokratisch und flexibel instand halten und erneuern zu können.

Die Mittel für die Förderung des kommunalen Radverkehrs werden im Haushaltsentwurf auf dem hohen Niveau von 2018 mit 8,2 und 8,4 Mio. EUR in den Jahren 2019/2020 fortgeschrieben.

Für die Förderung des ÖPNV/SPNV werden insgesamt für die Jahre 2019 717,8 Mio. EUR und für 2020 742,9 Mio. EUR veranschlagt. Das Finanzvolumen wird damit deutlich erhöht.

Insgesamt sind im Bereich der Arbeitsmarktförderung für das Haushaltsjahr 2019 Mittel in Höhe von 95 Mio. EUR sowie im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 94 Mio. EUR veranschlagt.

Das Programm "Vitale Dorfkerne" soll in den Jahren 2019 und 2020 mit jeweils 15 Mio. EUR fortgesetzt





werden. Außerdem wird ein Simul+Wettbewerb „Ideen für den ländlichen Raum“ initiiert und mit weiteren 5 Mio. EUR ausgestattet, um unterschiedliche neue Ideen und Ansätze zu unterstützen.

Ein wichtiger Faktor für die Wertschöpfung im ländlichen Raum ist die Land- und Forstwirtschaft. Zur Unterstützung der Landwirte sollen weiterhin jährlich rund 140 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden, u.a. für Investitionen, Wissenstransfer und Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen. Daneben sollen auch neue Akzente gesetzt und die hervorragenden Voraussetzungen im Freistaat Sachsen für die weitere Entwicklung und Etablierung von Smart Farming Systemen noch stärker genutzt werden. Ziel ist dabei, eine hoch effiziente konventionelle und ökologische Landwirtschaft mit den Herausforderungen im Umwelt- und Naturschutz noch stärker in Einklang zu bringen.

Die vielfältige Kulturlandschaft soll auch in Zukunft, insbesondere im Ländlichen Raum, nachhaltig erhalten und weiterentwickelt werden. Hierzu ist geplant, die Kulturraummittel in den kommenden vier Jahren um weitere 10 Mio. EUR jährlich zu erhöhen und einen Teil davon für Strukturmaßnahmen an Theatern und Orchestern zweckgebunden zu verwenden.

Soziales Sachsen und gesundheitliche Versorgung

Wir sichern eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung im gesamten Freistaat Sachsen. Unsere Krankenhauslandschaft halten wir in diesem Doppelhaushalt mit Investitionsmitteln in Höhe von einer viertel Milliarde Euro stark, stabil und zukunftsfest. Mit unserem Aktionsplan wollen wir in den nächsten beiden Jahren die medizinische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum mit insgesamt rund 75 Mio. EUR stärken. Mit 12 Mio. EUR wollen wir Pflege zielgerichtet verbessern.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt lebt von einem starken ehrenamtlichen Engagement. Im Rahmen des Zukunftspaktes erhalten unsere Landkreise und kreisfreien Städte auch in den nächsten beiden Jahren die Möglichkeit, mit dem Ehrenamtsbudget

in Höhe von 5,2 Mio. EUR vor Ort passgenau ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. Unser bewährtes Programm „Wir für Sachsen“ begleitet unmittelbar ehrenamtlich engagierte Bürger mit insgesamt rund 23 Mio. EUR.

Kinder sind unsere Talente von morgen. Der Schulabschluss ist die Fahrkarte in die Zukunft. Um möglichst vielen Kindern auf diesem Weg eine Hand zu reichen, und sie stark zu machen auf dem Weg ins Erwachsenwerden verdoppeln wir die Ausgaben für Schulsozialarbeit auf 61 Mio. EUR im Doppelhaushalt.

Für das neue Sächsische Demokratiezentrum, angesiedelt im SMGI, sind fünf Stellen vorgesehen. Das Zentrum soll vor allem Präventionsarbeit im Bereich Extremismus leisten.

Auch die Ausbildungsreife von Geflüchteten über 18 Jahren wird im Haushaltsentwurf finanziell unteretzt. Damit wird sichergestellt, dass betroffene junge Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind, auf den Arbeitsmarkt ausreichend vorbereitet werden. Im Bereich Gleichstellung werden die Bedingungen in den Frauenschutzhäusern verbessert und Existenzgründerinnen im Ländlichen Raum einen Zuschuss von bis zu 8.000 EUR erhalten.

Kommunen werden gestärkt – mehr Freiräume

Die Basis für einen funktionierenden Staat und erster Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind starke Städte und Gemeinden. Im Entwurf für das Finanzausgleichsgesetz sind deshalb deutliche Verbesserungen für die Kommunen im Freistaat enthalten. Der Freistaat soll den Kommunen in den Jahren 2019 und 2020 rund 3,5 bzw. 3,7 Mrd. EUR im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung stellen. Die allgemeinen Deckungsmittel, die den Kommunen zur freien Verwendung zur Verfügung stehen, steigen um insgesamt 580 Mio. EUR (auf 6,6 Mrd. EUR 2019 und 6,9 Mrd. EUR 2020). Eine Stärkung erfahren die Kommunen auch bei den Zuweisungen für investive Zwecke. Diese werden sich auf 331 Mio. EUR (2019) und 450 Mio. EUR (2020)





belaufen.

Deutliche Entlastungen sollen die Kommunen durch die Anhebung der Kita-Pauschale um 300 EUR pro Jahr und Kind (zusätzlich 80 Mio. EUR pro Jahr) sowie durch die Erhöhung der Pauschale, mit der die Kosten für Asyl durch den Freistaat erstattet werden (FlüAG-Pauschale), um 55 Mio. EUR pro Jahr erfahren.

Die gute Partnerschaft zwischen Kommunen und Freistaat setzt sich auch außerhalb des Finanzausgleichs fort: Insgesamt 3,4 Mrd. EUR sollen neben dem FAG aus dem Haushalt des Freistaates in die kommunalen Kassen fließen, sodass rund ein Drittel des Gesamthaushalts über die Städte und Gemeinden beim Bürger ankommen (7,9 Mrd. von 20,1 Mrd. EUR in 2019). Umgesetzt werden damit u.a. auch Maßnahmen aus dem „Plan für Sachsen“ wie z.B. die Pauschale zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum (70 EUR je Einwohner, entspricht 30 Mio. EUR pro Jahr).

Handlungsfreiheit verschafften den Kommunen auch die bereits für den kommenden Doppelhaushalt geplanten Vereinfachungen bei den Förderverfahren. So soll künftig auf zahlreiche Stellungnahmen und Prüfungen bei kommunalen Bauvorhaben und auf die Vorlage von Belegen verzichtet werden. Ziel ist es, den Bau von Kitas, Schulen oder Straßen und Radwegen von Bürokratie zu entlasten und damit zu beschleunigen. Weitere Maßnahmen wird die Kommission zur Vereinfachung und Verbesserung von Förderverfahren bis Ende Mai 2019 vorschlagen.

Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 wird am 16. August in den Landtag eingebracht und anschließend in den Ausschüssen beraten.

**24. Juni
Der Eibauer Bierzug**

Zum 26. Mai rief Eibau zum Bierzug und es kamen trotz des regnerischen Wetters zahlreiche Zuschauer. Traditionell waren auch der Minister-

präsident Michael Kretschmer und ich in Oberlausitzer Tracht mit dem Trachtenpflegeverein Oberlausitz e.V. dabei.

Bevor der historische Bierzug am Fuße des Kottmar startete wurde zum Aufwärmen Glühwein an die Akteure verteilt. Die tausenden Besucher verdrieße das Wetter nicht. Schon lange vor dem Umzug säumten sie wohlpräpariert den Zugweg. Viele hatten sich Stühle und Schirme mitgebracht. Und natürlich Bier. Denn Bier macht das Warten schön.

Über 80 Bilder sorgten für Freude, Lachen und Staunen an der Strecke. Die vielen Kinder der integrativen Kindertagesstätte „Spatzennest“ in Eibau begeisterten als kleine Bäcker. Und das wohl höchste Durchschnittsalter im Zug dürfte mit 70 Jahren der Mönchszug der singenden Mönche aus Oybin ausgewiesen haben.



**27. Juni
„Länger dienen - mehr verdienen!“**

Der Sächsische Landtag hat die Novelle des Sächsischen Dienstrechtes u.a. mit den Stimmen der CDU weiterentwickelt.





Durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen konnten wesentliche Punkte darin verankert werden. Zum Beispiel werden die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister und ehrenamtliche Ortsvorsteher erhöht. Sie leisten eine wichtige Aufgabe in ihren Gemeinden und dieses hohe Engagement sollte auch gewürdigt werden.

Künftig wird es einen 10-prozentigen Zuschlag für Beamte des Polizei- und Justizvollzugsdienstes geben, die über ihren Ruhestand hinaus arbeiten. Und Beamte, die in Ausübung ihres Dienstes einen Schaden erleiden, sollen künftig die gerichtlich zuerkannten Schmerzensgeldansprüche vom Freistaat Sachsen erstattet bekommen.

Fernsehtipp

Der gemeinsame Film über die Autobahn 4 ist fertig. Sendetermin ist Mittwoch, der 04. Juli. Exakt – Die Story – 20:45 Uhr im MDR Fernsehen.

Nächste Bürgersprechstunde

Monatlich führe ich eine Bürgersprechstunde durch. Zu dieser können sich Bürgerinnen und Bürger anmelden, um mir ihre Anliegen näherzubringen und um miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich habe neben all den Bürgergesprächen und der Sprechstunde, im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, auch zahlreiche Gespräche mit Entscheidungsträgern vor Ort, in Ministerien oder auch Themen, die ich direkt in die Arbeit der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag mitnehmen kann. Dies ist Herausforderung und Motivation zugleich. Ich kann sicherlich nicht alle Probleme lösen und dem ein oder anderen hilft es, wenn ich einfach ein offenes Ohr habe und zuhöre. Ich bin bemüht, dass mir Mögliche für unsere Region und für die Menschen die hier leben zu bewegen. Daher möchte ich auch Sie gern auffordern und einladen, mit mir ins Gespräch zu kommen. Nur durch den Dialog miteinander, können wir etwas gemeinsam bewegen.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am

31. Juli, von 09:30 – 10:30 Uhr

im CDU-Wahlkreisbüro im Dornspachhaus,
Bautzner Str. 2 in Zittau statt.

Bitte melden Sie sich bei meinem Büro unter
03583 790 140 oder stephan.meyer@slt.sachsen.de
an.

